

Hessischer Städte- und
Gemeindebund
Herrn
Geschäftsführender Direktor
Karl-Christian Schelzke
Postfach 1351
63153 Mühlheim/Main

Eingegangen

18. FEB. 2019

Hessischer Städte-
und Gemeindebund

HESSSEN



Aktenzeichen

II 1-52c0600-0005/2008/003

Bearbeiter/in: Frau Kathleen Piehl

Durchwahl: (06 11) 817-3529

Fax: (06 11) 32719-3529

E-Mail: kathleen.piehl@hsm.hessen.de

Ihr Zeichen: 1-Bü/Schr

Ihre Nachricht: 21.01.2019

Datum: 14. Februar 2019

Auswirkungen des sog. „Gute-Kita-Gesetzes“ für die Kindertagesbetreuung in Hessen

Ihr Schreiben vom 21. Januar 2019

Sehr geehrter Herr Schelzke,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben, mit dem Sie sich nach der Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2696) und hier insbesondere nach den Folgen der in Artikel 2 enthaltenen Änderungen des § 90 Abs. 3 SGB VIII bzgl. der Staffelung der Beiträge für die Kindertagesbetreuung erkundigen.

Gemäß dem ab dem 1. August 2019 geltenden § 90 Abs. 3 SGB VIII sind Kostenbeiträge für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege zu staffeln. Als Kriterien für die Staffelung können hiernach insbesondere das Einkommen der Eltern, die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit des Kindes berücksichtigt werden. Darüber hinaus können weitere Kriterien berücksichtigt werden (vgl. § 90 Abs. 3 Satz 4 SGB VIII).

Der ursprüngliche Gesetzentwurf sah neben der Pflicht zur Beitragsstaffelung auch die Pflicht vor, die Staffelungskriterien (Einkommen, die Anzahl der Kinder, tägliche Betreu-

ungszeit des Kindes) kumulativ anzuwenden, d.h. jeder Träger einer Kindertageseinrichtung hätte staffeln müssen, und zwar sowohl nach Einkommen und Kinderanzahl als auch nach Betreuungszeit.

Das Land Hessen hat sich mit Nachdruck - im Bundesratsverfahren mit einem Änderungsantrag - gegen diese ursprünglich geplante Neuerung eingesetzt und unter anderem auf den enormen Verwaltungsaufwand, den dies bei den Kommunen nach sich ziehen würde, verwiesen. Diesen Bedenken wurde im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens Rechnung getragen; der Gesetzentwurf wurde abgeändert. In der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages (Drucksache 19/6471 neu) wurde die Änderung des § 90 SGB VIII in seiner aktuellen Form vorgeschlagen und letztlich vom Bundestag verabschiedet. Begründet wird die Änderung hier wie folgt: „Durch die Änderung wird die künftig bundesweite Pflicht, Elternbeiträge zu staffeln, nicht mehr durch die Pflicht ergänzt, alle drei bereits existierenden Staffelungskriterien kumulativ zu berücksichtigen. Stattdessen wird die bisherige Rechtslage beibehalten, wonach diese drei Kriterien bei der Staffelung berücksichtigt werden können.“ (Drucksache 19/6471 (neu), S. 13).

In der Folge besteht ab dem 1. August 2019 nach Bundesrecht die Pflicht zur Staffelung der Beiträge in der Kindertagesbetreuung. Die Wahl der Staffelungskriterien bleibt den festlegenden Stellen, insbesondere den Trägern von Tageseinrichtungen für Kinder, überlassen.

Im Gegensatz hierzu regelt das Landesrecht in § 31 HKJGB: „Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege *können* Teilnahmebeiträge und Kostenbeiträge *festgesetzt* werden. Sie *können nach Einkommensgruppen und Zahl der Kinder oder der Familienangehörigen gestaffelt* werden.“

Wie Sie ebenfalls feststellen, weichen damit Landes- und Bundesrecht ab dem 1. August 2019 voreinander ab. Aus der Rang- und Stufenordnung der Rechtsquellen ergibt sich, dass im Falle der Kollision von höherrangigem (Bundes-)Recht und niederrangigem (Landes-)Recht der Rechtssatz der unteren Stufe „weichen“ muss. Gemäß Artikel

§ 31 Grundgesetz (GG) bricht Bundesrecht Landesrecht. In der Folge gilt ab dem 1. August 2019 anstelle des § 31 HKJGB der § 90 Abs. 3 SGB VIII mit der Staffelungspflicht und dem Ermessen hinsichtlich der Staffelungskriterien. Diese Rechtsfolge tritt ohne eine landesrechtliche Rechtsänderung ein. Eine Streichung von § 31 Satz 2 HKJGB hätte lediglich deklaratorischen Charakter.

In der Folge ist lediglich in den Fällen, in denen Beiträge überhaupt nicht gestaffelt sind, ab dem 1. August 2019 eine Beitragsstaffelung, bei kommunalen Trägern per Satzungsänderung, einzuführen. Wie Sie darlegen, staffeln die meisten Träger bereits nach Beitragszeiten, darüber hinaus enthalten danach viele Satzungen die sog. „Geschwisterermäßigung“. In diesen Fällen ist aus hiesiger Sicht keine Satzungsänderung erforderlich.

Ich hoffe, Ihre Fragen hiermit hinreichend beantwortet zu haben und stehe Ihnen selbstverständlich für Nachfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Barbara Tiemann